Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Speech
Kiel, 21.01.2015

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Jeden Menschen willkommen heißen und bürgerliche Freiheiten verteidigen

„Für den SSW ist klar, dass wir jeden Menschen, der zu uns kommt, willkommen heißen und es nicht hinnehmen werden, dass versucht wird, die bürgerlichen Freiheiten einzuschränken“

Lars Harms zu TOP 13 - Anträge zur Verteidigung freiheitlich-demokratischer Grundwerte

Ich glaube wir alle sind uns in unseren Zielsetzungen hier im Hohen Hause einig: Wir wollen, dass die Meinungsfreiheit und auch alle anderen bürgerlichen Freiheiten, die in unserem Land geschützt sind, weiterhin geschützt werden. Deshalb muss ganz klar gesagt werden, dass diejenigen, die diese Freiheit für die Menschen in Frage stellen, damit die Werte unsere Landes mit Füßen treten. Es geht hier nicht nur um Flüchtlingspolitik oder Einwanderung, es geht hier vor allem um die Grundfesten der Demokratie in unserem Land. Man kann über alles diskutieren, solange man akzeptiert, dass ein Mensch ein Mensch ist und alle Menschen die gleichen Rechte haben. Das ist unser Wertesystem, das seit der Aufklärung am Ende des 18. Jahrhunderts unverrückbar zum gesellschaftlichen Erbe Europas gehört.

Dass Menschen für die merkwürdigsten Ziele in unserem Land frei demonstrieren können, ist eine Errungenschaft, für die anderenorts Menschen kämpfen und manchmal sterben müssen. Ich glaube, es ist dringend notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass dieses Recht – wie auch alle anderen Bürgerrechte – keine

Selbstverständlichkeit ist. Dass ich meine Meinung hier frei äußern kann, ist anderenorts eben nicht möglich. Und dass eine Presse hier eben gerade nicht von einer Regierung, die bei uns ohnehin regelmäßig in ihrer Couleur wechselt, gesteuert wird, sondern unabhängig ist, ist nicht nur eine Tatsache, sondern ein tragendes Element unserer Demokratie. Dann von Lügenpresse zu sprechen, nur weil einem die Meinung einzelner Medien nicht passt, ist im Endeffekt nur der Ruf nach Zensur. Die Medien sollen nicht mehr frei berichten, sondern nur so, wie es beispielsweise den Machern der Pegida-Demonstrationen passt. Das ist nicht das Land, in dem ich leben möchte.

Wir als Politiker wissen, dass nicht alles, was die Medien berichten, einem immer passt. Aber Demokratie muss das aushalten und kann das aushalten. Wer dies nicht aushalten will, der will auch keine Meinungsvielfalt. Aber genau diese Meinungsvielfalt und die Freiheit, die damit verbunden ist, ist das Fundament unserer Gesellschaft. Das schließt nicht aus, dass die Menschen, die bei uns leben, in dem was sie tun, sich dieser demokratischen Gesellschaft verpflichtet fühlen sollen und sie nicht gegen diese Prinzipien verstoßen dürfen. Das gilt aber unabhängig von Hautfarbe, Religion oder weltanschaulichem Bekenntnis. Eine strafbare Handlung ist immer eine strafbare Handlung, egal von wem sie verübt wurde. An diesem unverrückbaren Grundsatz müssen wir festhalten, weil sonst alles nur noch der Willkür unterliegt.

Deshalb darf es kein Verständnis für Organisationen geben, die genau das in Zweifel ziehen. Egal ob es sich dabei um Islamisten, Rechtsradikale oder auch nur um Zusammenschlüsse von sogenannten Wutbürgern handelt. Die persönliche Unzufriedenheit mit der Politik rechtfertigt nicht, dass man radikale Organisationen bei Demos mitlaufen lässt. Denn dann wird man irgendwann selbst zu einem Mitläufer. Jeder Bürger hat auch selbst eine Verantwortung, mit wem und unter welchen Parolen man läuft. Und wir haben auch eine Verantwortung für das, was wir sagen. Wenn man, wie der Kollege Kubicki am 05. Januar in der Welt sagt: „Wenn ich in einem Ort XY ein Flüchtlingsheim errichte, kann ich dort nicht gleichzeitig die Polizeistation schließen.“, dann schürt dass Ängste. Die Analogie „Flüchtlingsheim“ und „Polizeistation“, füttert gerade wieder die Ressentiments, die sicherlich nicht im Weltbild des Kollegen Kubicki enthalten sind. Trotzdem werden mit einem solchen Statement diese Ressentiments bedient, ohne dass es auch nur im entferntesten einen Grund dafür gibt. Wir haben hier eine hohe Verantwortung und deshalb muss man jedes Wort auf die Goldwaage legen; insbesondere dann, wenn man – wie wir alle – in der Öffentlichkeit steht.

Es gibt im Übrigen auch keinen sachlichen Grund eine Islamisierung Deutschlands zu befürchten. Mal davon abgesehen, dass die weit überwiegende Zahl der muslimischen Mitbürger rechtstreue und ordentliche Menschen sind, spricht auch schon die reine Anzahl von Muslimen in unserem Land gegen eine solche merkwürdige These. Rund 4,5 Millionen Muslime leben in Deutschland. Die Gesamtbevölkerung beträgt 80,8 Millionen Einwohner. Das heißt, 5,6 % aller Einwohner sind Muslime, die anderen 94,4 % sind es nicht. Da von einer angeblichen Islamisierung zu sprechen, ist schon anhand der vorhandenen Zahlen völliger Blödsinn. Das Wort Islamisierung hat aber ja auch noch den Beiklang, als wollten alle Muslime in Deutschland den Menschen ihren Glauben aufzwingen. Das ist aber nicht der Fall. Von radikalen Islamisten auf alle Muslime zu schließen, ist eine Frechheit und bleibt eine Frechheit.

Im Gegenteil; ich habe einen hohen Respekt vor dem, was der Zentralrat der Muslime am 07. Januar anlässlich des Pariser Anschlages als Pressemitteilung veröffentlicht hat: „Wir verurteilen diesen abscheulichen Terroranschlag aufs Schärfste. Wir sind erschüttert und schockiert über das Massaker, das an Zeitungsredakteuren und anderen Personen verübt wurde und wir trauern mit den Hinterbliebenen. Es gibt in keiner Religion und keiner Weltanschauung auch nur einen Bruchteil einer Rechtfertigung für solche Taten. Dies ist ein feindlicher und menschenverachtender Akt gegen unsere freie Gesellschaft. Durch diese Tat wurde nicht unser Prophet gerächt, sondern unser Glaube wurde verraten und unsere muslimischen Prinzipien in den Dreck gezogen. Es ist zu befürchten, dass der Anschlag neues Wasser auf die Mühlen von Extremisten jeglicher Couleur sein wird. Wir rufen alle dazu auf, dem perfiden Plan der Extremisten nicht auf dem Leim zu gehen, die die Gesellschaft spalten, Hass und Zwietracht zwischen den Religionen schüren und die überwältigende Mehrheit der friedlichen Gläubigen zu Paria der Gesellschaft machen wollen. Die Attentäter von Paris müssen schnell gefasst und vor Gericht gestellt werden.“ So weit der Zentralrat der Muslime. Besser kann man sich zur Verteidigung der Religionsfreiheit, der bürgerlichen Freiheitsrechte und des Rechtsstaates nicht äußern. Und das muss ein jeder auch anerkennen. Wir müssen aufpassen, dass nicht durch die Angst vor allem Fremden auch rassistische Gedanken und eine gefühlte Angst vor Überfremdung entstehen. Immer, wenn im Volksmund zu einer angeblichen Islamisierung argumentiert wird, schwingt oft auch rechtsradikales und völkisches Gedankengut mit. Das werfe ich nicht den einzelnen Demonstranten vor. Aber wie der einzelne Bürger müssen auch wir wachsam sein, damit hier die Menschen nicht Extremisten auf dem Leim gehen. Und Sorgen vor einer Überfremdung sind völlig unbegründet. Während noch 1993 rund 1 Millionen Menschen aus dem Ausland zu uns kamen, sank die Anzahl jedes Jahr stetig auf jetzt knapp 600.000 Menschen jährlich. Es verlassen aber mehr Menschen Deutschland – unter anderem jährlich auch rund 600.000 Ausländer - und deshalb haben wir leicht sinkende Bevölkerungszahlen.

Nach unserer Auffassung ist es vor dem Hintergrund dieser Zahlen gefährlich, wenn Politiker wie der ehemalige Innenminister Friedrich sagen, dass die CDU die „rechte Flanke“ im Parteienspektrum nicht abgedeckt habe und dies zu einer Spaltung und Schwächung des bürgerlichen Lager führen würde. Da liegt er falsch. Es ist gut, wenn man diesen Rattenfängern eben nicht nachläuft, sondern die freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre Prinzipien auch verteidigt. Genau deshalb darf man sich eben nicht hinreißen lassen, irgendwelchen Ressentiments ideologisch die Tür zu öffnen. Deshalb ist es nicht getan mit der Äußerung des Kollegen Günther, dass jeder sachliche Kritiker der rot-grünen Flüchtlingspolitik sofort mit Vorwürfen der Inhumanität konfrontiert wird und in die ganz rechte Ecke gestellt wird, wie er sagt. Man stellt sich noch immer selbst in die rechte Ecke. Wer es ablehnt, wie von uns beschlossen, hilfebedürftige Menschen im Winter nicht in die Obdachlosigkeit nach Rumänien oder Bulgarien abzuschieben, der handelt inhuman. Und dieses Handeln findet man sonst nur in der ganz rechten Ecke. Wenn der Kollege Günther sich da nicht wohlfühlt, dann kann er ganz einfach dort herauskommen und unsere humane Flüchtlingspolitik unterstützen.

Heute ist es wichtiger denn je, dass wir gemeinsam deutlich machen, dass wir ein tolerantes und weltoffenes Deutschland sind. Sowohl im Reden als auch im Handeln müssen wir hier zeigen, dass wir einig der Fremdenfeindlichkeit und der Einschränkung

der Bürgerrechte entgegen treten. Sowohl die Bundeskanzlerin als auch ihre beiden Vorgänger Helmut Schmidt und Gerhard Schröder haben sich rechtzeitig und unmissverständlich geäußert. Und auch die Gegendemonstrationen gegen Pegida zeigen, dass die weit überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland für Toleranz und Weltoffenheit ist. Mit den Gegendemonstrationen und den verschiedenen Online-Petitionen, die bis zu einer halben Millionen Unterschriften gesammelt haben, haben die Mitbürgerinnen und Mitbürger ein Zeichen für Toleranz, Mitmenschlichkeit und die bürgerlichen Freiheitsrechte gesetzt. Das müssen wir heute hier auch tun. Für uns als SSW ist es deshalb klar, dass wir jeden Menschen, der zu uns kommt, willkommen heißen und es nicht hinnehmen werden, dass versucht wird, die bürgerlichen Freiheiten einzuschränken oder abzuschaffen.